

IDA-Infomail
Nummer 4, August 2014, 15. Jg.

Editorial	S. 1
Neues von IDA und IDA-NRW	S. 2
Thema: Was folgt aus dem NSU-Prozess?	S. 7
Neues aus unserer Vielfalt-Mediathek	S. 9
Aus den Mitgliedsverbänden	S. 11
Aktion, Information	S. 14
Seminare, Tagungen	S. 17
Impressum	S. 19

Editorial

Der Abschlussbericht, den der NSU-Untersuchungsausschuss 5/1 „Rechtsterrorismus und Behördenhandeln“ des Thüringer Landtags Mitte August vorstellte, findet klare Worte: „Die Geschichte der von 1998 bis 2003 von allen daran Beteiligten betriebenen bzw. nicht betriebenen Fahndung ist im Zusammenhang betrachtet ein einziges Desaster“, so heißt es in dem fast 1900 Seiten umfassenden Dokument.

Die 1998 untergetauchten Mitglieder des rechtsterroristischen „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU), Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe, hätten demzufolge womöglich gefasst werden können, bevor sie ihren ersten Mord begingen. Der Bericht spricht nicht nur von einem „erschreckenden Ausmaß von Desinformation, fehlerhafter Organisation, Abweichungen von üblichem Vorgehen und Versäumnissen“ bei der Fahndung nach den untergetauchten Neonazis. Er äußert auch den „Verdacht gezielter Sabotage und des bewussten Hintertreibens eines Auffindens der Flüchtigen“.

Die Mitglieder des Ausschusses, Abgeordnete von SPD, CDU, FDP, Bündnis 90/Die Grünen und der LINKEN, kommen somit zu Ergebnissen, die über die Vermutung hinausgehen, lediglich Pannen und Fehleinschätzungen der Sicherheitsbehörden hätten verhindert, dass die drei Neonazis frühzeitig

gefasst wurden. Zweieinhalb Jahre hat der Untersuchungsausschuss gearbeitet, seine gründlichen Recherchen fanden nun viel Lob bei Parteikolleg_innen auf Bundesebene. Der Abschlussbericht wurde mit Stimmen aller Fraktionen des thüringischen Parlaments verabschiedet, was Ausdruck einer parteienübergreifenden Einigung über eine öffentliche Aufklärung darstellt.

Der ausführliche Bericht aus Thüringen verdeutlicht indirekt auch die Leerstellen, an denen kommunale und staatliche Institutionen, aber auch die Zivilgesellschaft ansetzen müssen: Das Thema „Institutioneller Rassismus“ beispielsweise stünde in Behörden, öffentlicher Verwaltung und Schulen dringend an, aber auch Verbände und Engagierte, die gegen Rechtsextremismus und Rassismus arbeiten, sollten es viel stärker thematisieren und konkretisieren. In der Bildungsarbeit gegen Rechtsextremismus wäre es angebracht, neben individuellen Einstellungs- und Verhaltensmustern auch strukturelle Gegebenheiten zu betrachten und zu benennen. Die Diskussionen in anderen Ländern, beispielsweise in Großbritannien, können als Anregung dienen.

Ich wünsche Ihnen anregende Informationen beim Lesen der Infomail,

Barbara Manthe

IDA informiert:**IDA-Seminar: Diversität als Herausforderung für die Jugendverbandsarbeit – Für eine diversitätsbewusste (Jugend-)Bildungsarbeit**

Nur noch wenige Plätze frei!

Termin: 10.-12. Oktober 2014

Ort: Hannover

Zielgruppe: Ehren- und Hauptamtliche in der Jugendverbandsarbeit

TN-Beitrag: 40,- €

Anmeldung: bis zum 31. August 2014

Die Gesellschaft, in der wir leben, ist geprägt von Diskriminierung und Ungleichheit. Der Zugang zu Ressourcen und Institutionen ist abhängig von unterschiedlichen Trennlinien (Differenzlinien) – etwa Religion, sexuelle Orientierung, Geschlecht, soziale und ethnische Herkunft oder Gesundheit. Diversitätsbewusste Bildungsarbeit bedeutet, Differenzlinien zu thematisieren: Welche gibt es und wann sind einige bedeutsamer als andere? Es gilt, mögliche gesellschaftliche Zugangsbarrieren zu erkennen und abzubauen. Sowohl das Verhalten von Individuen als auch die Wirkungen von Institutionen und Strukturen kommen dabei in den Blick. Gleichzeitig sollen Differenzen zwar berücksichtigt, aber nicht festgeschrieben werden. Sie anzuerkennen und wertzuschätzen ist Bestandteil des Diversitätsansatzes.

Das Seminar fragt, was diversitätsbewusstes Handeln für die praktische Arbeit in Jugendverbänden bedeutet:

- Wer spricht beispielsweise für den Verband in der Öffentlichkeit – und wer nicht?
- Welche Menschen können im Verband aktiv teilhaben – welche jedoch nicht?
- Wen sprechen Flyer und Broschüren gezielt an – wen aber nicht?
- Wie kann das Thema Diversität in die Arbeit von Jugendverbänden eingebracht werden?
- Warum ist es überhaupt wichtig, im eigenen Verband Diversität zu thematisieren?

Das Seminar klärt, was unter „Diversität“ zu verstehen sein kann und macht die Abgrenzung zu anderen Begriffen wie etwa „Diversity“ deutlich. Es führt in Konzepte des Diversitätsansatzes ein. Diversität sollte kein Ersatz für die Beschäftigung mit anderen Diskriminierungsformen werden, sondern die Chance eröffnen, eine reflexive Haltung zu entwickeln, die nicht nur einzelne Kategorien herausgreift, sondern die Gesamtheit gesellschaftlicher Differenzlinien in den Blick nimmt.

Das Seminar möchte unter anderem folgende Leitfragen diskutieren:

Warum noch eine „Baustelle“? Welchen Nutzen hat die Beschäftigung mit dem Thema Diversität über die Beschäftigung mit Gender, Interkultureller Öffnung, Inklusion etc. hinaus?

Jenseits von Appellen und Sensibilisierung: Wie kann Diversitätsbewusstsein institutionalisiert werden?

Wie praxistauglich ist das Thema Diversitätsbewusstsein in der Jugendverbandsarbeit?

Programm**Freitag, 10. Oktober 2014**

17.00-18.00 Anreise, Anmeldung und Begrüßung

18.00-19.00 Abendessen

19.00-21.00 Einführung: Diversität – was bedeutet das?

Samstag, 11. Oktober 2014

9.00-12.30 Potenziale des Diversitätsansatzes, Diversität in der Praxis

12.30-14.00 Mittagessen

14.00-16.00 Gruppenarbeit:

Diversität in unterschiedlichen Bereichen der Jugendverbandsarbeit verankern

16.00-16.30 Kaffeepause

16.30-18.00 Weiterführung der Gruppenarbeit

18.00-19.00 Abendessen

19.00-21.00 Abendprogramm

Sonntag, 12. Oktober 2014

9.00-11.30 Workshops: Praktische Perspektiven

nach Themenlage, zum Beispiel:

Workshop 1) Brauchen wir eine_n Diversitätsbeauftragte_n?

Workshop 2) Diversitätsbewusste Öffentlichkeitsarbeit

Workshop 3): Wie vermitteln wir Diversitätsbewusstsein in der Multiplikator_innenausbildung?

11.30-12.30 Evaluation und Abschlussrunde

12.30-13.30 Mittagessen, danach Abreise

Seminarleitung

Barbara Manthe, IDA e. V.

Workshopleitung

Eike Totter, Interkultureller und Social Justice Trainer

Georg Förster, AWO und Vorstand IDA e. V.

Tagungsort

Naturfreundehaus Hannover

Hermann-Bahlsen-Allee 8

30655 Hannover

Tel: 05 11 / 69 14 93

Fax: 05 11 / 60 68 82 8

www.naturfreundehaus-hannover.de

Anmeldung und weitere Informationen unter www.idaev.de/aktuelles/veranstaltungen/workshop-diversitaet-als-herausforderung-fr-die-jugendverbandsarbeit.html

Fachtagung des IDA-Projekts „Dimensionen - Der NSU und seine Auswirkungen auf die Migrationsgesellschaft“

Termin: 18. Oktober 2014, 9:30 - 17:30 Uhr

Tagungsort: Unperfekthaus, Essen

Das Bekanntwerden des Terrors des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) hat nicht nur die Bewertung des deutschen Rechtsextremismus verändert, sondern auch bei Menschen mit so genannter Migrationsgeschichte, vor allem in der türkeistämmigen Bevölkerung, einen Wandel ausgelöst. Neun der zehn Mordopfer des NSU waren türkischer und in einem Fall griechischer Herkunft oder lebten, wie andere Opfer des NSU-Terrors, in der Kölner Keupstraße, in einem türkisch geprägten Straßenzug. Studien und Umfragen liefern Anzeichen dafür, dass Menschen mit so genannter Migrationsgeschichte in Deutschland die rechtsterroristischen Taten in einer Wechselwirkung mit rassistischen Positionen in der Gesellschaft sehen, die sich für sie in einem Vertrauensverlust vor allem gegenüber staatlichen Institutionen, aber

auch gegenüber der deutschen Öffentlichkeit verdichten.

Bisher haben Politik, Medien und auch zivilgesellschaftliche Organisationen nur wenige Äußerungen aus migrantischen Verbänden, Medien oder von entsprechenden Politiker_innen zum NSU-Komplex wahrgenommen, obwohl sie durchaus existieren.

Das Projekt „Dimensionen - Der NSU und seine Auswirkungen auf die Migrationsgesellschaft“ des Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismusbearbeitung (IDA) e. V. möchte durch Bildungsarbeit die gesamte Gesellschaft für (post-)migrantische Perspektiven auf den NSU sensibilisieren und dazu beitragen, dass (post-)migrantische Perspektiven auf den NSU-Komplex gehört und sichtbar werden.

Hierzu werden Multiplikator_innen der Jugend- und Bildungsarbeit qualifiziert, junge Menschen zu einem reflektierten und bewussten Umgang mit dem NSU-Komplex anzuregen. Handreichungen und Unterrichtsmaterialien, die im Rahmen des Projekts entwickelt werden, sollen eine Grundlage hierfür bilden.

Diese Fachtagung

- gibt Einblicke in die bisherigen Ergebnisse der Projektarbeit;
- nimmt (post-)migrantische Sichtweisen auf den NSU-Terror in den Blick;
- thematisiert strukturellen und institutionellen Rassismus;
- gibt Einblicke in die Lebenslagen von Menschen mit (post-)migrantischem Hintergrund;
- zielt auf Diskussionen, Vernetzung und Erfahrungsaustausch.

Die Formate:

- Vorträge
- Film
- Workshops
- Fishbowldiskussion

Infos und Anmeldung:

Projekt Dimensionen des IDA e. V.

Rolf Knieper

Tel: 02 11 / 15 92 55-5

info@projekt-dimensionen.de

Anmeldefrist: 29. September 2014

IDA-NRW informiert:**Kein Blumentopf zu gewinnen?****Eine rassismuskritische Tagung anlässlich des 20-jährigen Bestehens des IDA-NRW**

Rassismus ist eine gewaltvolle soziale Praxis und „du gewinnst keinen Blumentopf mit dem Versuch, ihn abzubauen“, sagt Chimamanda Ngozi Adichie in ihrem Roman Americanah und bringt damit eine Wahrnehmung auf den Punkt, die viele Engagierte, Haupt- wie Ehrenamtliche, in der rassismuskritischen und/oder migrationspädagogischen (Bildungs-)Arbeit nur allzu gut kennen.

Auch IDA-NRW arbeitet seit Jahren in diesem Themenfeld und nimmt das 20-jährige Bestehen zum Anlass, um über die Rahmenbedingungen, Herausforderungen und Perspektiven einer rassismuskritischen Bildungsarbeit in der Migrationsgesellschaft zu sprechen.

Neben Vorträgen, einer Talkrunde und dem Austausch im Plenum und in Kleingruppen wird diese Tagung auch für eine Feierstunde genutzt, denn auch wenn IDA-NRW noch Platz auf den Fenstebänken hat, so steht die Fachstelle doch zumindest für eine gewisse Beharrlichkeit beim Bohren dicker Bretter. Dies soll mit einem kleinen Festakt gewürdigt werden.

Wir laden Sie herzlich ein!

Termin: 12./13. September 2014

Ort: DGB Bildungsstätte Hattingen

Programm**Freitag, 12. September 2014**

14.00 Uhr
Begrüßung und Einführung in das Thema
Anne Broden, IDA-NRW

14.30 Uhr
Vortrag & Diskussion
Rahmenbedingungen einer kritischen Bildungsarbeit
Prof. Dr. Stephan Bundschuh, HS Koblenz

16.00 Uhr
Pause

16.30 Uhr
Talkrunde
Fallstricke, Herausforderungen & Perspektiven einer rassismuskritischen Bildungsarbeit in Schule, Erwachsenenbildung und an der Universität
Karim Fereidooni, Lehrer, Köln
Prof. Dr. Paul Mecheril, Universität Oldenburg
Christine Müller, Landesarbeitsgemeinschaft kath. Jugendsozialarbeit
Moderation: Anne Broden

18.30 Uhr
Abendessen

Ab 19.30 Uhr
Feierstunde zum 20-jährigen Bestehen des IDA-NRW

Theaterstück:
Ein ganz gewöhnlicher Jude
Andreas Schmid

Ansprachen

Sekt & Selters

Samstag, 13. September 2014

09.30 Uhr
Vortrag & Diskussion
Engagement mit Geschichtshintergrund
Prof. Dr. Astrid Messerschmidt, PH Karlsruhe

11.00 Uhr
Pause

11.30 Uhr
Kleingruppen zu den Konsequenzen für unsere Bildungsarbeit

13.00 Uhr
Mittagessen

14.00 Uhr
Fishbowl zu den Ergebnissen aus den Kleingruppen

15.00 Uhr
Vom Blumentopf zur Flechtenkunde
Mehr als ein Tagungsresümee
Santina Battaglia, GEW Baden-Württemberg

16.00 Uhr
Ende

Die Tagung wird gefördert durch das Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes NRW

Organisatorisches und Anmeldung

Termin: Freitag, 12. September, 14.00 Uhr - Samstag, 13. September 2014, 16.00 Uhr
Ort: DGB Bildungsstätte Hattingen
Teilnahmebeitrag (Tagung, Unterkunft & Verpflegung): 60,- € (ermäßigt 40,- €)

Anmeldung (bis Montag, 1. September 2014) an:
IDA-NRW, Anne Broden, Volmerswerther Straße 20, 40221 Düsseldorf, info@ida-nrw.de, Fax: 02 11 / 15 92 55 69

Name:
Institution:
Adresse:
Mail:
Telefon:

Nach der Anmeldung erhalten Sie Informationen zu den Zahlungsmodalitäten. Erst mit der Überweisung des Teilnahmebeitrags wird die Anmeldung verbindlich.

Thema: NSU-Verfahren**Was folgt aus dem NSU-Prozess?****Interview mit Carsten Ilius, Nebenklagevertreter im NSU-Verfahren**

Herr Ilius, wenn Sie nach über einem Jahr NSU-Verfahren Bilanz ziehen: Konnten Sie als Nebenklagevertreter bisher erreichen, was Sie angestrebt haben?

Ausgangspunkt für eine solche Zwischenbilanz müssen die Ziele am Beginn des Verfahrens sein. Diese richteten sich natürlich nach den Zielen meiner Mandantin, Frau Elif Kubaşık aus Dortmund, als Nebenklägerin im Verfahren. Sie ist die Witwe des 2006 ermordeten Mehmet Kubaşık. Die Ziele sind aber bei vielen der Nebenkläger_innen und damit auch ihren Rechtsanwält_innen sehr ähnlich gelagert. Meiner Mandantin waren und sind neben dem Aspekt, dass die Angeklagten, soweit ihre Schuld nachgewiesen wird, verurteilt werden, im Verfahren drei Punkte wichtig: Erstens hat es für sie große Bedeutung, ob der NSU bei dem Mord in Dortmund Helfer_innen vor Ort hatte. Zum zweiten wäre es für sie wichtig zu wissen, warum gerade ihr Mann Opfer des NSU geworden ist. Zum dritten spielt für sie die Frage eine wichtige Rolle, inwieweit Verfassungsschutzbehörden Kenntnis vom NSU hatten und ob sie damit Mitverantwortung an deren Taten tragen. Ausgehend von diesen Zielen ist die Bilanz einerseits ernüchternd: Keine dieser drei Fragen konnte bisher im Verfahren geklärt werden. Andererseits ist es der Nebenklage gelungen, während des bisherigen Verfahrens diese Fragen mit Nachdruck auf verschiedene Art und Weise zu stellen. Insbesondere die Frage nach der Rolle der Verfassungsschutzbehörden steht aufgrund der Bemühungen der Nebenklage in den letzten Wochen im Mittelpunkt des Verfahrens. Dies betrifft etwa die Person des Verfassungsschutzmitarbeiters Andreas Temme, der sich nach den Erkenntnissen der bisherigen Beweisaufnahme zum Zeitpunkt des Mordes an Halit Yozgat am Tatort in dessen Internetcafe in Kassel aufgehalten hat. Dies betrifft aber auch die Rolle der V-Leute im Zusammenhang mit dem NSU. Wir wissen, dass es zumindest etwa zehn V-Männer im engeren Umfeld von Zschäpe, Mundlos und Böhnhardt gegeben hat. Bisher haben erst zwei von ihnen im Prozess ausgesagt. Einer der beiden, Tino Brandt, hat den Thüringer Heimatschutz, diese große und mili-

tante Naziorganisation, der Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe vor dem Untertauchen angehörten, mit Hilfe von Geldern des Thüringer Verfassungsschutzes mit aufgebaut.

Es ist wichtig, dass die Nebenklage diese wichtigen Fragen nach der Größe des NSU-Netzwerkes und der Rolle des Verfassungsschutzes in dem Verfahren öffentlich stellen kann.

Wie offen wird im Rahmen des Prozesses über institutionellen und gesellschaftlichen Rassismus gesprochen?

Beides ist im Prozess bisher regelmäßig Thema gewesen. So spielte dies sowohl bei der Thematisierung von Seiten der Nebenklage zu den rassistisch strukturierten Ermittlungen gegen die Familien der Mord- und Anschlagopfer, als auch bei der Frage eine Rolle, in welcher Form Zeug_innen aus dem politischen und persönlichen Umfeld der Angeklagten deren rassistisches Weltbild teilen.

Kann der Prozess überhaupt ein Ort sein, wo solche entscheidenden Fragen besprochen werden können - oder sollte die juristische Aufarbeitung im Vordergrund stehen?

Nach meiner Auffassung muss der institutionelle Rassismus Thema in diesem Prozess sein. Der NSU hat die Reaktion der Ermittlungsbehörden auf die Morde und Anschläge genau verfolgt. Dies kann man anhand seines umfangreichen in der Wohnung in der Zwickauer Frühlingsstraße gefundenen Zeitungsarchivs nachvollziehen. Zugleich hat sich der NSU aber vor November 2011 nie selbst zu den Taten bekannt. Bewusst hat er damit die Tatfolge der „zweiten Traumatisierung“ der Familien der Opfer durch die strukturell rassistischen Ermittlungen ausgelöst bzw. verstärkt. Strafprozessual sind diese Ermittlungen und ihre Folgen damit notwendiger Teil des Verfahrens. Natürlich ist auch der Umgang mit rechtem Terror, insbesondere der Umgang von staatlicher Seite, ein wichtiges Thema für den Prozess. Die Frage, inwieweit der Staat durch seinen Umgang dazu beigetragen hat, dass der NSU entstehen konnte, steht in engem Zusammenhang mit dem im Prozess verhandelten Tatvorwurf der Gründung bzw. Unterstützung einer terroristischen Organisation.

Der Prozess bietet damit aber natürlich gleichzeitig die Grundlage für die Möglichkeit der Diskussion dieser Themen in der Öffentlichkeit.

Sie rufen öffentlich dazu auf, den Prozess zu besuchen: Was möchten Sie damit erreichen?

Die Begleitung durch eine möglichst breite Öffentlichkeit, gerade auch vor Ort in München, ist wichtig für dieses Verfahren. Es ist notwendig zu zeigen, dass dies kein Verfahren ist, in dem nur fünf Nazis auf der Anklagebank sitzen, sondern dass es ein Verfahren ist, in dem es, in den Grenzen des Strafprozessrechts, um Strukturen der deutschen Gesellschaft, um Rassismus, um Sicherheitsbehörden und deren Verbindungen über V-Leute zur Naziszene geht. Darum halten wir es für notwendig, dass Menschen nach München kommen, sich für das Verfahren interessieren, es kritisch begleiten und kritisch diskutieren.

Gibt es Aspekte beim Thema NSU, bei denen sich Verbände, zivilgesellschaftliche Gruppen und Engagierte (stärker) einbringen sollten?

Die Diskussion über die beiden mit dem NSU eng verbundenen gesellschaftlichen Themen „Rassismus“ und „Verfassungsschutz - Naziszene“ wird meiner Auffassung nach bei weitem nicht so intensiv geführt, wie das nötig wäre. Hier wäre viel mehr Engagement der von Ihnen Angesprochenen wünschenswert.

Was folgt nach dem Ende des Prozesses?

Ich will noch einmal unterstreichen, dass das NSU-Verfahren nicht das Ende der Aufklärung sein darf. Die Bemühungen müssen weitergehen. Rassistische Morde wie an Stephen Lawrence in Großbritannien (1993) oder an Hrant Dink in der Türkei (2007) zeigen, dass Aufklärung ein langfristiger Prozess ist.

Darüber hinaus halte ich es für eine der wichtigsten Konsequenzen u. a. aus den rassistischen Polizeiermittlungen, dass in der deutschen Gesellschaft - ähnlich wie in der britischen Gesellschaft seit 10 bis 15 Jahren - der Begriff des strukturellen und institutionellen Rassismus endlich Grundlage einer allgemeinen öffentlichen Diskussion wird und dass damit kritischer umgegangen wird. Um eine solche gesellschaftliche Entwicklung zu unterstützen ist es wichtig, dass auf der Ebene der öffentlichen Institutionen unabhängige Beschwerdeinstanzen geschaffen werden, über die solche Taten viel umfangreicher untersucht werden können. Wir haben in Großbritannien bei der Macpherson-Untersuchung, die Ende der 1990er Jahre ausgehend vom Mordfall Stephen Lawrence institutionellen Rassismus in den Behörden feststellte, gesehen, in welchem Umfang solche Untersuchungsprozesse zu einer umfassenden Aufklärung beitragen können. Ich denke, dass wir einen klaren juristischen Mechanismus brauchen, der institutionellen Rassismus reduziert. Das gilt nicht nur für das Verhalten der Polizei, sondern auch von Schulen, Ausländerbehörden, Sozialbehörden, also überall, wo Menschen in Deutschland immer wieder über strukturellen Rassismus klagen, mit dem sie konfrontiert sind.

Vielen Dank für das Interview!

Carsten Ilius, Rechtsanwalt in Berlin, arbeitet im Bereich des Strafrechts, Aufenthaltsrechts und Schulrechts; er vertritt die Nebenklägerin Elif Kubaşık, Witwe des am 4. April 2006 in Dortmund vom NSU ermordeten Mehmet Kubaşık, als Rechtsanwalt beim NSU-Verfahren vor dem OLG München. Das Interview führte Barbara Manthe.

Neues aus unserer Vielfalt-Mediathek:

Die Vielfalt-Mediathek versammelt Materialien, die im Rahmen der Bundesprogramme „TOLERANZ FÖRDERN - KOMPETENZ STÄRKEN“, „Initiative Demokratie stärken“ und „XENOS“ sowie verschiedener Vorläuferprogramme entstanden sind.

Sie wird regelmäßig um neue Materialien erweitert. Alle Publikationen, darunter Bildungsmaterialien, Trainingsordner, Kurz- und Dokumentarfilme sowie Musik-CDs können über die Website www.vielfalt-mediathek.de recherchiert, direkt online bestellt und für 14 Tage ausgeliehen werden. Die Vielfalt-Mediathek ist ein gemeinsames Projekt von IDA und dem DGB Bildungswerk.



ZDK Gesellschaft Demokratische gGmbH (Hg.): „Das Klima im Kiez“. Ergebnisse zweier Workshops in Neukölln. Wie kommen wir miteinander ins Gespräch?

2012, 13 S., Bericht/Dokumentation, Broschüre

Die Broschüre fasst die Ergebnisse zweier gleichnamiger Workshops zusammen, die in zwei unterschiedlichen „Kiezen“ in Berlin stattgefunden haben. Mitglieder von Beiräten und Initiativen, aktive Bewohner_innen sowie Mitarbeiter_innen der Einrichtungen/Projekte im Quartier diskutierten und tauschten sich aus über die Themenfelder: Jung und Alt, Religion und Tradition, Eltern, Familie und Erziehung sowie Nachbarschaft und Zusammenleben.

www.vielfalt-mediathek.de/dx/public/ida/biblio.html?id=5465&title=das-klima-im-kiez-ergebnisse-zweier-workshops-in-neuk-lln-wie-kommen-wir-miteina



Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage (Hg.): Islam & Schule

2014, 223 S., Sachinformation, Unterrichtsmaterial/Arbeitshilfe, Loseblattsammlung

Die Handreichung setzt sich mit der Religion Islam auseinander und beleuchtet, was es bedeutet, sich als Lehrer_in im schulischen Alltag mit der Religion auseinanderzusetzen, insbesondere unter den Fragestellungen, „wie vermeide ich, auch unterbewusste, Diskriminierungen von einer Minderheit, wie organisiere ich einen Unterricht, der allen gerecht wird und wie kann ich auf Radikalisierung reagieren“?

www.vielfalt-mediathek.de/dx/public/ida/biblio.html?id=5473&title=islam-schule



Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten (AGJF) Sachsen e. V./Miteinander - Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e. V. (Hg.): Rosa, Blau, Braun. Fachtag zu geschlechterreflektierter Präventionsarbeit gegen Neonazismus am 15. Oktober in Leipzig. Dokumentation

2012, 55 S., Bericht/Dokumentation, Broschüre

In der Broschüre finden sich die Inputvorträge von Dr. Esther Lehnert, Prof. Dr. Kurt Möller und Dr. Heike Radvan. Zudem werden die Ergebnisse der Fachforen „Kulturelle Bildung als Prävention gegen Neonazismus“, „Rechtsextremismusprävention im Kontext der Mädchen- und Frauenförderung“, „Von Männlichkeitsanforderungen und pädagogischer Praxis“, „Neonazistische Erlebniswelten als Fixpunkt für Mädchen und Jungen“ und „Zur Auseinandersetzung mit Neonazismus: Jetzt auch noch genders?“ zusammengefasst und vorgestellt.

www.vielfalt-mediathek.de/dx/public/ida/biblio.html?id=5471&title=rosa-blau-braun-fachtag-zu-geschlechterreflektierter-pr-ventionsarbeit-gegen-neo

Archiv der Jugendkulturen e. V. (Hg.): New Faces. Interkulturell, jugendkulturell und über Generationen hinweg gegen Antisemitismus in der Einwanderungsgesellschaft. Begleitbroschüre zur Wanderausstellung



31 S., Bericht/Dokumentation, Broschüre

Das Projekt „New Faces. Mit Kultur und Medien gegen Antisemitismus“ geht an Schulen oder Jugendeinrichtungen, um mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen Projekttag oder Projektwochen durchzuführen und präventiv gegen aktuellen Antisemitismus in Deutschland, aber auch anderen damit verbundenen Thematiken wie Diskriminierung, Rassismus, Vorurteile etc. zu wirken. Die Begleitbroschüre dokumentiert anhand von Beispielen aus den Workshops (Rap, Theater, Foto, Comiczeichnen, etc.) die Arbeit des Projekts.

www.vielfalt-mediathek.de/dx/public/ida/biblio.html?id=5474&title=new-faces-interkulturell-jugendkulturell-und-ber-generationen-hinweg-gegen-antis

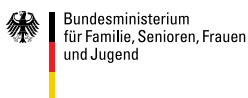
Camino - Werkstatt für Fortbildung, Praxisbegleitung und Forschung im sozialen Bereich gGmbH/Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V./ gsub - Gesellschaft für soziale Unternehmensberatung mbH (Hg.): Sicherung der Nachhaltigkeit von Lokalen Aktionsplänen für Vielfalt, Toleranz und Demokratie



44 S., Bericht/Dokumentation, Sachinformation, Unterrichtsmaterial, Broschüre
Die Broschüre setzt sich mit der Frage auseinander, inwieweit die Arbeit der Lokalen Aktionspläne für Demokratie, Toleranz und gegen Rechtsextremismus nachhaltig gesichert und in der kommunalen Praxis verankert werden kann. Dazu werden Strategien und Informationen vor- und bereitgestellt, die zum Gelingen dieser Aufgaben helfen sollen.

www.vielfalt-mediathek.de/dx/public/ida/biblio.html?id=5486&title=sicherung-der-nachhaltigkeit-von-lokalen-aktionspl-nen-f-r-vielfalt-toleranz-und

Die Vielfalt-Mediathek wird gefördert im Rahmen der Bundesprogramme „TOLERANZ FÖRDERN - KOMPETENZ STÄRKEN“ und „XENOS - Integration und Vielfalt“



Aus den Mitgliedsverbänden:**Nach Brandanschlägen auf Moscheen: „Antimuslimischer Rassismus muss wirksam bekämpft werden“**

Mitte August 2014 wurden mehrere Brandanschläge auf Moscheen in Berlin und Bielefeld verübt. Dabei wurden unter anderem auch Korane aufeinander gestapelt und verbrannt.

Theresa Kalmer, Bundessprecherin der GRÜNEN JUGEND, erklärt dazu: „Wir verurteilen die Brandanschläge auf Moscheen. Wir fordern die Bundesregierung und die zuständigen Landesregierungen auf, sich für eine restlose Aufklärung der Straftaten einzusetzen. Es ist schockierend, dass Moscheen Ziele für Gewalttaten sind, dies aber fast keine Aufmerksamkeit erregt. Der Islam gehört zu Deutschland. Antimuslimischer Rassismus hat hier keinen Platz.“

Felix Banaszak, Bundessprecher der GRÜNEN JUGEND, ergänzt: „Wir müssen konsequent die Lehren aus dem NSU-Terrorismus ziehen und Hass-



gewalt wirksam bekämpfen. Unsere Gesellschaft kann nicht akzeptieren, dass Menschen wegen ihres

Glaubens oder ihrer Kultur Angst haben müssen. Anschläge auf Moscheen, aber auch antisemitische Angriffe auf Synagogen und andere jüdische Institutionen erfordern ein breites Engagement von Politik und Zivilgesellschaft.“

Infos:

Bundesgeschäftsstelle der GRÜNEN JUGEND
Hessische Str. 10
10115 Berlin
Tel: 0 30 / 27 59 40 95
Fax: 0 30 / 27 59 40 96
buero@gruene-jugend.de
www.gruene-jugend.de

Nazifreie Ohren: Die neue Rock-gegen-Rechts-CD

Nun ist sie da: Die CD „Kein Bock auf Nazis“ der Gewerkschaftsjugend. Ein akustisches Zeichen gegen rechte Gewalt mit hochprominentem Line-up. 30.000 kostenlose CDs werden ab August 2014 in ganz Deutschland verteilt.

20 Songs von großen Bands, die sich gegen Neonazis und Rassismus engagieren, sind darauf zu hören. Mit dabei sind unter anderem Die Toten Hosen, Die Ärzte, Beatsteaks, Kraftklub, Donots, Fettes Brot, Deichkind, Marteria, Broilers und ZSK. Die Künstler_innen wollen mit der Aktion gemeinsam ein Zeichen gegen rechte Gewalt und rassistische Hetze gegen Flüchtlinge setzen. Sie alle unterstützen die Kampagne und alle, die sich

aktiv gegen Neonazis stellen. „Es sollte eigentlich keinen wundern, aber es ist trotzdem ermutigend und immer wieder beeindruckend, wie viele tolle Bands hier zusammenkommen, um zu sagen, dass sie keinen Bock auf Nazis haben“, sagt Ärzte-Schlagzeuger Bela B.

„Im letzten Jahr gab es über 11.000 rechte Straftaten. Besonders Flüchtlingsunterkünfte sind im Visier von Neonazis und Rassisten. Unsere CD ist ein wichtiger Beitrag, um rassistischer Propaganda Kontra zu bieten. Jugendkultur, die sich offensiv gegen Neonazis und Rassismus stellt, muss gestärkt werden“, sagt Christoph Schulze vom Antifaschistischen Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin (apabiz).

Finanziert wurde die Aktion allein durch Spenden und die finanzielle Unterstützung von DGB-Jugend, verdi, Attac, IG-Metall und der GEW.



Infos:

www.jugend.dgb.de/meldungen/dgb-jugend/++co++99786f36-2475-11e4-9f6f-525400808b5c
www.keinbockaufnazis.de/sampler

Informationsveranstaltung der Karnevalsjugend mit IDA e. V.

Der Umgang mit Vorurteilen und Rassismus sowie mit rechtsextremer Unterwanderung wird derzeit in der BDK-Jugend diskutiert, was sie jetzt auf regionaler Ebene vertiefen möchte.

Ein so großer und sichtbarer Bereich der Freizeitgestaltung wie der Fasching muss sich auch seiner gesellschaftlichen Verantwortung stellen. Im Fasching wird mit vielen Klischees und Rollen gearbeitet und es stellt sich die Frage, ob er damit zur Verbreitung von Vorurteilen beiträgt oder sich für eine offene Feierkultur einsetzt, bei der jede_r mitmachen kann und niemand ausgegrenzt oder beleidigt wird.

Fasching provoziert - „Ironie darf alles“ - „Das ist doch nur Humor“ - im Fasching bewegen sich die Menschen auf schwierigem Gelände. Einerseits gibt es die angebliche Narrenfreiheit, andererseits durchaus intensive Diskussionen auch innerhalb der Vereine, wer jeweils sein Fett abkriegen soll, welche Partei oder welche gesellschaftliche Gruppe in die Schusslinie gehört oder wie weit man bei der Kritik an lokalen Ereignissen, Einzelpersonen oder gesellschaftlichen Gruppen gehen kann. Es geht um Geschmacksgrenzen, es geht um politische Korrektheit, es geht um Sensibilität für möglicherweise unbeabsichtigte Verletzungen und Ausgrenzungen.

Der Fasching muss sich auch daran messen lassen, ob er Vorurteile gegenüber Minderheiten bedient und verschärft. Aber er muss auch nicht jede Kritik von Leuten, die eigentlich den Fasching insgesamt beschädigen wollen, einstecken, sich

aber sehr wohl mit Argumenten und Vorwürfen auseinandersetzen. Noch problematischer wird es, wenn Rechts-extreme versuchen, den Fasching zu unterwandern. Leider gibt es Beispiele von Rechten, die auf Karnevalsveranstaltungen auftreten und dies erst spät, oft zu spät auffliegt.

Nach einem Input des IDA-Geschäftsführers Ansgar Drücker wird es Gelegenheit zum Erfahrungsaustausch und zur Diskussion geben. Gerne können exemplarisch auch problematische Fälle aus den letzten Jahren analysiert und diskutiert werden.

Termin: 20. September 2014

Ort: Haldenwang

Infos:

BDK-Jugend im Bund Deutscher Karneval e. V.

Petra Müller

Zur alten Zollbrücke 28

87527 Sonthofen

www.bdk-jugend.de/index.php/infos/49-ida/107-ankuendigung-ida-schulung-am-20-9



Countdown läuft: der Wettbewerb „Die Gelbe Hand“ 2014/2015 startet am 1. September 2014

Am 1. September 2014 ist es wieder soweit: Der Wettbewerb „Die Gelbe Hand“ 2014/2015 startet. Die Auszeichnung wird für besonderes Engagement für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsextremismus in der Arbeitswelt und Gesellschaft an Berufsschülerinnen, Berufsschüler und alle Jugendlichen, die sich in einer beruflichen Ausbildung befinden, aus ganz Deutschland vergeben. Der Verein „Mach meinen Kumpel nicht an!“ ruft dazu auf, Beiträge gegen Ausgrenzung, Rassismus und für die Gleichberechtigung in der Arbeitswelt einzusenden.

Infos:

Mach meinen Kumpel nicht an! - für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e. V.

c/o DGB Bildungswerk e. V.

Hans-Böckler-Str. 39

40476 Düsseldorf

Tel: 02 11 / 43 01-1 93

Fax: 02 11 / 43 01-1 34

info@gelbehand.de

www.gelbehand.de



Seminar „Interkulturelle und vorurteilsbewusste Jugendbildung“

Wie tolerant bin ich? Habe ich wirklich keine Vorurteile gegenüber anderen Menschen? Ist mir persönliche Diskriminierung fremd?

In diesem Seminar wird der Raum geboten, angelernte oder anerzogene Schemata und Vorurteile wahrzunehmen und diesen entgegenzusteuern. Durch die intensive Auseinandersetzung mit persönlichen Vorurteilen sowie durch die Reflektion von Diskriminierungserfahrungen lernen die Teilnehmer_innen, wie sie selbst eine antidiskriminierende Haltung einnehmen können.

Termin: 20./21.9.2014

Ort: Berlin



Zielgruppe: Das Seminar richtet sich an junge Menschen zwischen 16 bis 27 Jahren.
Kosten: 12,- €. Im Teilnehmer_innenbeitrag sind alle Programmkosten enthalten.

Anmeldung und weitere Informationen:
Jugendbund djo-Deutscher Regenbogen, Landesverband Berlin e. V.

Iran Jawadi
Elberfelder Straße 18
10555 Berlin
Tel.: 03 0 / 96 06 52 86

I.Jawadi@djo-bb.de
www.djo-bb.de/jugendverband/de/ Wie tolerant bin ich?

Fachtagung zur pädagogischen Arbeit mit jungen Roma

Gegenwärtig gewinnt die pädagogische Arbeit mit jungen Roma eine größere Relevanz. Mit der Fachtagung will das Projekt be young & roma am 11. September 2014 Fachkräfte und zivilgesellschaftliche Akteure vernetzen. Im Rahmen von Workshops sollen Herangehensweisen und Methoden der pädagogischen Arbeit mit Roma thematisiert werden.

Die Veranstalter_innen konnten Herrn Zoni Weisz, Repräsentant der niederländischen Sinti und Roma und Mitglied des Internationalen Auschwitz-Komitees, als Referenten zum Thema „Perspektive aus der Bürgerrechtsbewegung zur pädagogischen Arbeit“ sowie Ali Şirin, pädagogischer Mitarbeiter des Planerladens e. V., als Referenten zum Thema „Jung und aktiv - wie junge Roma sich aktiv einbringen“ gewinnen.



11. September 2014
9:30 - 17:00 Uhr
zakk Zentrum für Aktion, Kultur und Kommunikation
Fichtenstr. 40
40233 Düsseldorf

Der Teilnahmebeitrag von 10,- € ist vor Ort in bar zu entrichten. Nach verbindlicher Anmeldung erfolgt eine Bestätigung.

Anmeldung und Info:
be young & roma
c/o djo - Deutsche Jugend in Europa LV NRW
Linienstr. 28
40227 Düsseldorf
Tel: 02 11 - 13 95 58 86
Fax: 02 11 - 72 12 79
www.ternodrom.de
anmeldung@ternodrom.de

Bundesweite Aktionen, Informationen

Fachtag: Look forward: MJSO in der Internationalen Jugendarbeit

Das Projekt International. Interkulturell: Jugendverbände gestalten Zukunft in der Internationalen Jugendarbeit endet 2014, nicht jedoch die internationale Jugendarbeit der MJSO und nicht die vor und während des Projektes etablierte Zusammenarbeit. Daher wird mit dem Fachtag eine (Zwischen-)Bilanz gezogen und gemeinsam ausgewertet, welche Ansätze gegriffen haben, wo nachjustiert werden musste und vor allem, was in Zukunft nötig ist, um MJSO wie allen Jugendverbänden eine Teilhabe am wichtigen Arbeitsfeld Internationale Jugendarbeit zu ermöglichen. Diese Aktivitäten stehen



nicht alleine, sie sind immer in den Prozess der Interkulturelle Öffnung der Jugend(verbands)arbeit eingebunden. Daher wird dieser Tag auch genutzt, um Sichtweisen zum Stand der Interkulturelle Öffnung zu diskutieren.

Termin: 10. Oktober 2014

Ort: Berlin

Infos und Anmeldung:

Deutscher Bundesjugendring

Annica Starke-Mutschler

Mühlendamm 3

10178 Berlin

Tel: 03 0 / 40 04 04 13

annica.starke-mutschler@dbjr.de

www.dbjr.de/termine/MJSO

Delinquenz ist keine Frage der Herkunft

Jung, männlich, delinquent: Das Stereotyp der „kriminellen Migranten“ ist weit verbreitet. Vor allem Jugendliche aus Einwandererfamilien gelten als gewaltbereit und häufiger straffällig. Zurückgeführt wird das oftmals auf ihre ausländische Herkunft oder Religion. Doch die Forschung bietet dafür keine Belege. Der Kriminologe Christian Walburg hat vorliegende Studien in einem Gutachten für den Mediendienst Integration zusammengefasst. Einige Ergebnisse:

- 1) Jugendliche mit Migrationshintergrund sind nicht generell häufiger an Straftaten beteiligt als Jugendliche ohne Migrationshintergrund. Vielmehr muss nach der sozialen Lage der Jugendlichen und der Deliktart unterschieden werden.
- 2) Die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) hat wenig Aussagekraft, denn die Behörden erfassen in der Regel nur Deutsche und Ausländer und keine Herkunftsbezüge. Zudem erfassen sie auch Ausländer, die gar nicht in Deutschland leben.
- 3) Die PKS 2013 hat interessante Zahlen geliefert, die in der Berichterstattung bislang unberücksichtigt sind: Die Jugendkriminalität ist seit 2005 – gerade im Bereich der Gewaltdelikte – auch für ausländische Jugendliche deutlich zurückgegangen: Die offiziell registrierte „Kriminalitätsbelas-

tung“ ist seitdem um nahezu ein Fünftel gesunken, die Gewaltbelastung hat sich um mehr als ein Drittel reduziert.

4) Bei der offiziell erfassten Kriminalität ist zu berücksichtigen, dass Jugendliche ausländischer Herkunft in Konfliktsituationen häufiger bei der Polizei angezeigt werden als Jugendliche ohne Migrationshintergrund. Sie unterliegen dadurch einem erhöhten „Kriminalisierungsrisiko“.

5) Unterscheidet man nach Deliktsbereichen, fällt auf: Migrantenjugendliche berichten in Befragungen insgesamt ähnlich häufig wie Jugendliche ohne Migrationshintergrund von jugendtypischer Bagatelldelinquenz wie etwa Sachbeschädigungen und Diebstählen.

6) Jugendliche mit Migrationshintergrund berichten zwar nach der Mehrzahl der Studien häufiger von Gewaltdelikten und sind vermehrt unter den Mehrfachgewalttätern zu finden. Nach einigen neueren Studien werden die Unterschiede jedoch in der zweiten und dritten Migrantengeneration deutlich geringer.

7) Ein Zusammenhang zwischen erhöhter Gewaltbereitschaft und einer bestimmten ethnischen Herkunft oder Religionszugehörigkeit wird durch Studien nicht belegt. Wenn die Befragungen hö-

here Anteile von Gewalttätern ergaben, traf dies häufig auf alle größeren Herkunftsgruppen zu. 8) Ob Jugendliche Gewalt befürworten oder ausüben hat weniger mit ihrer Herkunft oder Religion zu tun, als mit geringerer sozialer Teilhabe. Studien zeigen: Wenn sich vor allem die Bildungschancen verbessern, verliert Gewalt an Bedeutung.

Das Gutachten steht zum Download bereit: www.mediendienst-integration.de/fileadmin/Dateien/Gutachten_Kriminalitaet_Migration_Walburg.pdf

Kontakt:
Mediendienst Integration
Schiffbauerdamm 40
Raum 2107
10117 Berlin
Tel: 030 2007 6480
mail@mediendienst-integration.de
www.mediendienst-integration.de

Förderung von Integrationsprojekten vor Ort durch das BAMF

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) schreibt für das Haushaltsjahr 2015 (und ggf. die beiden Folgejahre) Fördermittel für Projekte zur Integration von jungen Menschen von 12 bis 27 Jahre mit Migrationshintergrund aus. Voraussetzung für eine Förderung ist, dass die jungen Menschen „eine dauerhafte Bleibeperspektive“ haben. Gefördert werden können Jugendprojekte mit einer Laufzeit von bis zu drei Jahren mit bis zu 50.000 Euro jährlich. Die geförderten Projekte sollen im Wohnumfeld ansetzen. Die Aufdeckung der Potentiale junger Migrantinnen und Migranten steht im Vordergrund. Die integrative Wirkung der Maßnahmen soll durch die intensive Mitwirkung von Migrantenorganisationen verstärkt werden. Daher werden Migrantenorganisationen besonders ermutigt, sich an einem Projektvorschlag zu beteiligen oder als Partner eines Projektträgers bei der Planung

und Durchführung mitzuwirken. Die Zuwendungen des Bundes sollen als Anschubfinanzierung für Vorhaben dienen, bei denen Vernetzung und Nachhaltigkeit bereits in der Konzeption angelegt sind und eine Fortführung nach Förderende zu erwarten ist. Anträge können bis zum 31.10.2014 gestellt werden. Weitere Informationen finden sich unter www.bamf.de/SharedDocs/Meldungen/DE/2014/20140610-ausschreibung-projektfoerderung-2014.html

Kontakt:
Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
Frankenstr. 210
90461 Nürnberg
Tel: 09 11 / 94 30
Fax: 09 11 / 94 31 00 0
info@bamf.bund.de
www.bamf.de

Förderung von Projekten über Ausgrenzung damals und heute

Im Programm „Europeans for peace“ werden internationale Jugendprojekte zur Geschichte der Diskriminierung und Verfolgung im Nationalsozialismus und/oder zu aktuellen Fragen der Diskriminierung in unseren durch Vielfalt geprägten Gesellschaften gefördert. Aus pädagogischer Sicht bietet das Thema Spielraum für verschiedene methodische Zugänge der Antidiskriminierungspädagogik, um an die eigenen Diskriminierungserfahrungen der Jugendlichen anzuknüpfen. Teilnehmen können Institutionen der schulischen oder außerschulischen Bildungsarbeit. Die Teilnehmenden des Projekts

sind Jugendliche zwischen 12 und 21 Jahren. Bis 15. Dezember 2014 kann man sich bewerben.

Infos:
Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“
Lindenstr. 20-25
10969 Berlin
Tel: 03 0 / 25 92 97 36
Fax: 03 0 / 25 92 97 11
[europeans-for-peace@stiftung-evz.de](mailto: europeans-for-peace@stiftung-evz.de)
www.europeans-for-peace.de

Europa sagt nein zum deutschen Sprachnachweis

Der europäische Gerichtshof in Luxemburg hat über den deutschen Sprachnachweis im Ehegattennachzug entschieden - er ist nicht vereinbar mit dem Assoziationsrecht zwischen Türkei und Europa. Im Juli 2014 wurde vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg im Fall Doğan das Urteil gesprochen: Das Verwaltungsgericht Berlin wollte wissen, ob der Nachweis von Sprachkenntnissen mit dem Assoziationsrecht EU-Türkei vereinbar sei. Dies hat nun der Gerichtshof mit nein beantwortet. „Wir begrüßen die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs“, kommentiert Hiltrud Stöcker-Zafari, Bundesgeschäftsführerin des Verbandes binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e. V. „Der EuGH hat deutlich gemacht, dass der Sprachnachweis zumindest für den Nachzug zu türkischen Ehepartnern nicht vereinbar mit der europäischen Richtlinie ist, weil es das Assoziationsrecht verletzt.“ Die Rücknahme des Sprachnachweises als zwingende Voraussetzung für die Einreise zum Ehegatten nach Deutschland auch für andere steht noch aus. Diese ist dringend geboten.

„Seit vielen Jahren machen wir darauf aufmerksam, dass die Regelung des Sprachnachweises Familien und Partnerschaften unnötig stark belastet und sie an der zeitnahen Aufnahme ihrer eheli-

chen Lebensgemeinschaft hindert - dies hat auch der EuGH heute sehr deutlich festgestellt und zu einer erfolgreichen Integration und Lebensqualität die Familienzusammenführung betont!“ Dabei ist es natürlich wichtig, die deutsche Sprache zu erlernen, wenn der Lebensmittelpunkt in Deutschland liegt. Hierfür wurden die Integrationskurse geschaffen, die angenommen werden. Viel sinnvoller wäre es, diese auszubauen und auf beruflich orientierte Deutschkurse auszuweiten. Seit 2007 müssen Drittstaater (Nicht-EU-Bürger) Deutschkenntnisse nachweisen, wenn sie zu ihren Ehepartnern nach Deutschland ziehen wollen. Aber: Unionsbürger, Hochqualifizierte oder Drittstaater, die zu Staatsbürgern aus elf privilegierten Ländern nachziehen, u. a. Japan, Israel oder den USA, sind davon ausgenommen.

Kontakt:

Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e. V.

Hiltrud Stöcker-Zafari

Ludolfusstr. 2 - 4

60487 Frankfurt / M.

Tel.: 06 9 / 71 37 56 12

stoecker-zafari@verband-binationaler.de

www.verband-binationaler.de

Interaktiver Atlas: „Rechtes Land“

Deutschlandweit sind Neonazis am Werk. Das Wissen über sie ist regional verteilt; sich ein Gesamtbild zu verschaffen, ist alles andere einfach. „Rechtes Land“ will die Orte der extremen Rechten, ihre Verbände, ihre Morde, ihre Überfälle, ihre Termine und aktuelle Vorhaben kartieren, um sie für alle sichtbar zu machen. Online, auf eine praktische und handhabbare Weise über eine interaktive Karte im Browser.

Die Karte findet sich unter

www.rechtesland.de

Das Projekt richtet sich an jeden interessierten Menschen. Das an den Atlas angeschlossene Wiki soll zudem Aktivist_innen, Forscher_innen, Journalist_innen, Politiker_innen etc. helfen, nicht den Überblick zu verlieren.

Rechtes Land wird betrieben vom antifaschistisches pressearchiv und bildungszentrum berlin e. v. (apabiz).



Kontakt:

Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin e. V. (apabiz)

Lausitzerstr. 10

10999 Berlin

Tel: 0 30 / 61 16 2 49

mail@apabiz.de

www.apabiz.de

www.rechtesland.de

Seminare und Tagungen**BAMF-Fachtagung: „Anerkennungskultur vor Ort - Bürgerschaftliches Engagement interkulturell öffnen und stärken“**

Termin: 8. und 9. September 2014

Ort: Nürnberg

Infos:

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
Laura Kolland
Frankenstraße 210
90461 Nürnberg
Tel: 09 11 / 94 35 01 3
laura.kolland@bamf.bund.de
www.bamf.de/SharedDocs/Veranstaltungen/DE/2014/140908-erkennungskultur-nuernberg.html

Zweiteiliges Intensivseminar: Betzavta Teil I und II

Termine: 9. bis 11. September und 25. bis 27. November 2014 (6-tägig)

Ort: Rothschnberg (Nähe Dresden)

Infos:

LAG politisch-kulturelle Bildung Sachsen e. V.
Schützengasse 18
01067 Dresden
Tel: 01 74 / 80 32 27 6
kontakt@pokubi-sachsen.de
www.pokubi-sachsen.de

Kein Blumentopf zu gewinnen? Eine rassistisch-kritische Tagung anlässlich des 20-jährigen Bestehens des IDA-NRW

Termin: 12./13. September 2014

Ort: DGB Bildungsstätte Hattingen

Anmeldung:

IDA-NRW
Anne Broden
Volmerswerther Straße 20
40221 Düsseldorf
Fax: 02 11 / 15 92 55 69
info@ida-nrw.de
www.ida-nrw.de

Fortbildungsreihe: Geschlechterreflektiert Kinder und Jugendliche gegen Rechts bilden!

Termin: 18./19. September und 25./26. November 2014

Ort: Senftenberg

Infos und Anmeldung:

Dissens e. V.
Andreas Hechler
Allee der Kosmonauten 67
12681 Berlin
Tel: 03 0 / 54 98 75 37
andreas.hechler@dissens.de
www.dissens.de/gerenep/

Fachtagung zu Rechtsextremismus und Rassismus als Themen in der Internationalen Jugendarbeit

Termin: 24./25. September 2014

Ort: Frankfurt/Main

Infos:

IJAB - Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e. V.
Ulrike Werner
Godesberger Allee 142-148
53175 Bonn
Tel. 02 28 / 95 06 23 0
werner@ijab.de
www.ijab.de

Gedenkstättenfahrt „Veränderungen des Gedenkens?!“

Termine: 22. bis 25. September und 10. bis 12. Oktober 2014

Ort: Gedenkstätte Imshausen und KZ Breitenau; Klöden/LK Wittenberg

Infos und Anmeldung:

Landesvereinigung kulturelle Kinder- und Jugendbildung Sachsen-Anhalt e.V.
Liebigstr. 5
39104 Magdeburg
Tel: 03 91 / 24 45 17 2
Fax: 03 91 / 24 45 17 0

wolfgang.hoeffken@jugend-lsa.de
www.lkj-sachsen-anhalt.de

Vorbereitungstagung: Internationale Wochen gegen Rassismus

Termin: 1. Oktober 2014
Ort: Frankfurt/Main

Infos:
Stiftung für die Internationalen Wochen gegen Rassismus
Goebelstraße 21
64293 Darmstadt
Tel: 06 1 / 51 33 99 71
Fax: 06 1 / 51 39 19 74 0
iwgr@interkultureller-rat.de
www.internationale-wochen-gegen-rassismus.de

Fachtag: Look forward: MJSO in der Internationalen Jugendarbeit

Termin: 10. Oktober 2014
Ort: Berlin

Infos und Anmeldung:
Deutscher Bundesjugendring
Annica Starke-Mutschler
Mühlendamm 3
10178 Berlin
Tel: 03 0 / 40 04 04 13
annica.starke-mutschler@dbjr.de
www.dbjr.de/termine/MJSO

IDA-Seminar: Diversität als Herausforderung für die Jugendverbandsarbeit – Für eine diversitätsbewusste (Jugend-)Bildungsarbeit

Termin: 10. bis 12. Oktober 2014
Ort: Hannover

Infos und Anmeldung:
Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbildung (IDA) e. V.
Dr. Barbara Manthe
Volmerswerther Straße 20
40221 Düsseldorf
Fax: 02 11 / 15 92 55-69

info@IDAeV.de
www.idaev.de

Fachtagung: Übergang (Förder-)Schule und Beruf: Schulische, berufliche und soziale Aspekte von Ausgrenzung und Inklusion

Termin: 14. Oktober 2014
Ort: Koblenz

Anmeldung und Infos:
Projektbüro KODEX
Hochschule Koblenz
Claudia Homann
Fachbereich Sozialwissenschaften
Konrad-Zuse-Str. 1
56075 Koblenz
Tel: 02 61 / 95 28 23 0
kodex@hs-koblenz.de
www.kodex-projekt.de

Fachtagung: „Dimensionen - Der NSU und seine Auswirkungen auf die Migrationsgesellschaft“

Termin: 18. Oktober 2014
Ort: Essen

Infos und Anmeldung:
IDA e. V.
Rolf Knieper
Volmerswerther Straße 20
40221 Düsseldorf
Tel: 02 11 / 15 92 55-5
info@projekt-dimensionen.de

Tagung: Zäsur? Politische Bildung nach dem „NSU“

Termin: 3./4. November 2014
Ort: Magdeburg

Bundeszentrale für politische Bildung
Hanne Wurzel / Leiterin Fachbereich Extremismus
Adenauerallee 86
53113 Bonn
hanne.wurzel@bpb.bund.de
www.bpb.de/182366

Die IDA-Infomail erscheint mehrmals jährlich und wird herausgegeben vom

Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismuserbeit e. V. (IDA)

Volmerswerther Str. 20

40221 Düsseldorf

Tel: 02 11 / 15 92 55-5

Fax: 02 11 / 15 92 55-69

Info@IDAeV.de

www.IDAeV.de

Redaktion: Dr. Barbara Manthe

V.i.S.d.P.: Ansgar Drücker

Informationen ohne Quellenangabe sind unterschiedlichen Mitglieds- oder Verbandszeitschriften, Websites sowie Pressemeldungen entnommen. IDA e. V. ist anerkannt als gemeinnütziger Verein durch das Finanzamt Düsseldorf-Süd, Steuer-Nummer: 106/5748/1122, als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 KJHG, als Träger der politischen Erwachsenenbildung und wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.

ISSN 1611-8952